

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Kellame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbeitrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großnaundorf, Dretzig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedebors, Thlenndorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 229

Dienstag, den 1. Oktober 1929

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Die Gemeindeverordneten zu Oberlichtenau haben beschlossen, den öffentlichen Fußweg der einen Teil des Wegeflurstückes Nr. 267, Flurbuches für Oberlichtenau bildet und nach den Flurstücken Nr. 16 und 18 führt, einzuziehen.

Nach § 14, Absatz 3 des Wegegesetzes vom 12. Januar 1870 wird dies mit dem Bemerkung bekannt gemacht, daß Widersprüche gegen die beabsichtigte Einziehung des Weges innerhalb 3 Wochen vom Tage des Erscheinens der Bekanntmachung ab gerechnet, bei der Amtshauptmannschaft anzubringen sind.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 28. Sept. 1929

Bekanntmachung

Der zwischen der Siegesberg und Schillerstraße gelegene, nicht ausgebaute Teil der Dreherstraße wird hiermit für den gesamten Durchgangsverkehr (Kraftfahrzeuge, Fuhrwerke) gesperrt.

Zumwiderhandlungen werden nach den einschlägigen Bestimmungen bestraft.

Pulsnitz, am 27. September 1929

Der Stadtrat

— Polizeiamt —

Mittwoch, den 2. Oktober 1929, vormittag 11 Uhr, sollen im Restaurant zum „Bürgergarten“ in Pulsnitz zwangsweise gegen Barzahlung

1 Rodelschlitten, 1 Posten Kinderspielzeug, 20 kg 20 er 6 fach Maccogarn, 12 Paar Herrenschuhe und 34 Paar verschiedene Damenhalsbische

meißbietend öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 1. Oktober 1929.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Die große Kundgebung der Kommunisten im Berliner Lustgarten ist völlig ruhig verlaufen. Die Demonstranten zerstreuten sich, ohne daß es zu Zwischenfällen kam.

„Lupka“ bringt die Nachricht aus Belgrad, daß das Kabinett Stokowitsch auf Wunsch des Königs Alexander in kürzester Zeit zurücktreten werde, um einer Regierung sämtlicher politischer Parteien Platz zu machen.

Wie die „Post“ Bg. zu berichten weiß, hat die Reichsregierung die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Konferenz über den Youngplan für Donnerstag nach Berlin eingeladen.

Präsident Hoover empfing am Montag den Berliner Oberbürgermeister Boeck, der nach eintägigem Aufenthalt in Washington am Montag abend nach Detroit abgefahren ist.

Am 6. Oktober 1929, dem Tage, an dem in den Ländern mit Sommerzeit die weuropäische bzw. Amsterdamer Zeit wieder in Kraft tritt, beginnt bei der Deutschen Reichsbahn der Winterfahrplan. Die nur im Sommer verkehrenden Züge fallen von diesem Zeitpunkt ab fort. Im übrigen treten Änderungen von allgemeiner Bedeutung nicht ein.

Hindenburgtag.

Am 82. Geburtstag des Reichspräsidenten am 1. Oktober.

„Ein großes Volk, das heldenhaft gekämpft, das siegreich kämpfte gegen eine Welt und das Unfällige vom Saß gelitten, der hinterhältige Schlingen ihm gestellt — dies Volk ehrt den, von dem die Bücher melden, daß er des Alters Ruh' verschmäht, den 82 und achtzigjährigen, den großen Helden — von heiliger Begeisterung tief durchweht!“

(Paul Warden)

Ein Volk, ein ganzes großes Volk, findet sich wieder zusammen im Gedenden an unseren getreuen Eckhard, an den Reichspräsidenten v. Hindenburg, der seinen 82. Geburtstag begeht. Er begeht ihn in vollster Rüstigkeit, zu unser aller Freude, und wenn im vergangenen Sommer Kunde ins Volk drang, die von gefürtem Wohlfinden des alten Helden wissen wollte, so sollen uns diese bald widerlegten Gerüchte nur ein Beweis für die Wahrheit des alten Volksglaubens sein, daß sie von besonders langem und arbeitsfähigem Lebenslauf sprechen. So lange Hindenburg der unsere ist, so lange dieser Mann lebt, der es wie kein anderer verstanden hat, völlig anders geartete Vergangenheit über meist unerfreuliche Gegenwart hinweg mit — wie wir hoffen — tatkräftiger deutscher Zukunft zu verbinden, so lange wird uns diese willensgewaltige, redenshafte Persönlichkeit auch — allein durch ihr Dasein — die Gewißheit ins Herz flößen, daß es mit Deutschland wieder aufwärts gehen muß. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sendet heiße Gebete zum Allmächtigen empor für das fernere Wohlergehen des allverehrten Reichsleiters.

Der Diebstahlsaufenthalt des Reichspräsidenten, des Mannes, der mitten im politischen Getriebe steht, ist das auf altpreussischem Boden gelegene Stammgut seiner Familie, Neudeck bei Rosenburg in Westpreußen. In Neudeck ist Hindenburg Gutsherr wie ein anderer auch, und es konnte diesem im besten Sinne des Wortes bodenständigen Mannes wohl keine größere Freude bereitet werden, als sie in der Schenkung von Gut und Herrenhaus Neudeck zum Ausdruck kam. Das waren damals — im September des Vorjahres — herrliche und herzerhebende Tage für die treuen westpreussischen Männer und Frauen, als sie ihren Hindenburg unter sich sehen und ihm sein Stammgut zu Eigen übergeben konnten. Der Hindenburg-Dank, dem diese Schenkung

Reichstagschlacht um die Sozial-Reform

Reichsarbeitsminister Wiffel: Diesen Winter noch mehr Arbeitslose als 1928

Die Berliner Presse zur Rede Maginots — Ein Vermittlungsvorschlag der Reichsregierung zur Arbeitslosen Reform

Ferienunterbrechung — schlechte Laune.

Also wegen so einer kurzen Sondertagung von etwa vier Tagen müssen unsere Reichsboten dieses Mal ihren schönen Urlaub unterbrechen. Da soll per Mensch nicht ärgerlich sein! Wer will sich da noch wundern, wenn in den Räumen unseres Reichsparlaments schlechte Laune vorherrscht, wenn man nur griesgrämige Gesichter sieht, von denen man ablesen kann, daß die Herren Abgeordneten ungenügend gestimmt sind ob dieser Unterbrechung ihrer Ferienzeit. Ist ja auch furchtbar, daß die Parteien niemals einig sein können, aber nun erleben's unsere hohen Reichsvertreter am eigenen Leibe, wie lästig Parteiuneinigkeit ist. Jetzt mußten sie alle auf schnellstem Wege in die Reichshauptstadt eilen, da man nach ihnen rief, um ihr Urteil zu hören.

Die Verhältnisse, die die Reichsboten in den vertrauten Hallen vorfinden, waren wirklich keineswegs ermutigend. Denn den Regierungsparteien war es trotz viermonatigen Verhandlungen nicht gelungen, über den ersten Schritt einer Reichsfinanzreform durch Abänderung der Arbeitslosenversicherung zu kommen. Was also wenige Köpfe in den Ausschüßberatungen nicht vermochten, das sollen nun viele Köpfe im Reichstagsplenum fertigbringen. Wie heißt doch das schöne Sprichwort von den vielen Köchen, die den Brei verderben? Das drängt sich einem unwillkürlich auf. Ja, ja, es ist schlimm um uns bestellt. Da haben wir soviel Wünsche und Vorschläge, da packt uns die Not an, da wissen wir alle, daß etwas geschehen muß, und doch kommen wir nicht vorwärts. Die Parteien zerstreuen sich, und wir, die braven Bürger, die man überall zwackt und von denen man die Steuern peinlichst und schnellstens eintrreibt, müssen das Elend mit ansehen und stehen hilflos beiseite. Kritik nennt man das in der politischen Sprache, was sich da um die Reichsregierung herum abspielt. Und was wird der Erfolg dieser Sondertagung des Reichstages sein?

Deutscher Reichstag.

99. Sitzung, Montag, den 30. September 1929.

Der Reichstag war schon vormittag das Ziel zahlloser Besucher. An allen Eingängen drängten sich Menschen, die um Eintrittskarten baten. In späterer Stunde erschien ein starkes Aufgebot Schupo, das das Haus in weitem Umkreis abgrenzte und die Passanten zum Vorzeigen der Ausweise aufforderte. Dieses Schupoaufgebot steht im Zusammenhang mit den kommunistischen Demonstrationen, die angeseht waren.

Die erste Plenarsitzung nach den langen Sommerferien begann mit dem erwarteten Vorstoß der Kommunisten gegen die Beratung der von der Regierung vorgelegten Gesetze für die Abänderung der Arbeitslosenversicherung. Die Reichstagsverhandlungen werden vom Vizepräsidenten Esser geleitet, da Reichstagspräsident Lobe wegen einer Gallenerkrankung sich noch in Bad Mergentheim befindet. Gegen die Maßnahme der Polizei protekierte nach langen formellen Einleitungsverhandlungen der kommunistische Abg. Stöcker und verlangte gleichzeitig die Absetzung der Gesetze für die Arbeitslosenversicherung von der Tagesordnung. Er verlangte außerdem Beratung über den Young-Plan und über die gesamte Außenpolitik. Die Absetzung der Beratungen wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Gegen andere kommunistische Anträge wurde Widerspruch erhoben. Daraufhin erhielt

Reichsarbeitsminister Dr. Wiffel

das Wort, um die Gesetzentwürfe der Regierung zu begründen. Reichsarbeitsminister Wiffel gab einen Rückblick auf die Entstehung der Vorlagen und auf die im Sommer stattgefundenen Verhandlungen durch den Sachverständigenausschuß.

Ausführlich behandelte er die Mißstände und meinte, daß die Mitteilungen darüber aufgearbeitet seien. Die Reichsanstalt habe sich um die Abstellung bemüht. Die Auffassung, als ob die Arbeitslosenversicherung die Arbeitsmoral untergrabe, könne die Regierung nicht teilen.

Der Entwurf bringe zum Teil dauernde, zum Teil vorübergehende Änderungen.

Die Reichsanstalt werde mit 250 Millionen Mark Schulden in den Winter gehen.

Man müsse mit einem dauernden Ausgabebedarf rechnen. Deshalb müsse man an den Ausgleich denken. Die Regierung halte an der Zahl von 1,1 Millionen Unterstützungsempfängern fest.

Dann wies der Minister auf die Rationalisierung der Wirtschaft und die Konzentrierung der Betriebe hin und suchte daraus das Anwachsen der Arbeitslosenzahl zu erklären. Bei den neuen Entwürfen seien die schwer abschätzbaren Ersparnisse verschiedener Reformen außer Acht gelassen worden. Andererseits müsse die Arbeitslosenversicherung auch ihren sozialen Zweck erfüllen. Eine Kürzung der Unterstützungssätze würde sich auf die ganze deutsche Wirtschaft auswirken. Soweit man übersehen könne, würde die Vorlage einen Ausgleich in Ausgaben und Einnahmen der Reichsanstalt bringen. Allerdings werde für den kommenden Winter

ein Fehlbetrag von 90 Millionen

zu überbrücken sein. Die Reichsregierung erwarte nicht, daß die Entwürfe überall restlos befriedigend hervorgerufen würden. Bei verschiedenen Doppelvorlagen zu Änderungen, die der Reichstag gemacht habe, handele es sich nicht um finanzielle, sondern um grundsätzliche Fragen. Was im Augenblick an Reformen notwendig und möglich sei, glaube die Regierung in den vorliegenden Entwürfen sehen zu sollen.

Großes Interesse zeigten die Abgeordneten, als der Minister hervorhob, daß die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 1929 wahrscheinlich noch größer sein werde als in dem vergangenen Jahr.

Abg. Grafmann (Soz.) suchte die Schuld an der Entwidlung auf das kapitalistische Wirtschaftssystem zu schieben. Er forderte die von der Sozialdemokratie erstrebte, von der Öffentlichkeit kontrollierte Bedarfswirtschaft.

Der Redner stimmte dem Minister zu, daß die Rationalisierung allein die Arbeitnehmer mit voller Wucht getroffen habe. Die Folge der Fusionierungen — Grafmann erwähnte den Zusammenschluß der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft — sei Personalabbau. Die Sozialdemokratische Partei sei bereit, der befristeten Beitragserhöhung zuzustimmen. Der Wirtschaft müsse man energisch an den Kraken gehen. Die Gewerkschaften hätten sich gegen eine Änderung der Grundlagen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erklärt. Dr. Rademacher (Dnat.) betonte, daß die Geißel der Arbeitslosigkeit einschließlich der von den Städten gegebenen Fürsorgegelder im Etatsjahr 1928/29 1650 Millionen gekostet habe.

Die Arbeiterfachverständigenkommission sei zu begrüßen. Man müsse aber zugleich feststellen, daß während der Beratungen

